

Gemeinsam gegen die Krise – nicht nur im Mai!

Argument der Woche

29. April 2009

Am 23. April haben deutsche und französische Beschäftigte des Automobilzulieferer Continental in Hannover Solidarität bewiesen: Gemeinsam protestierten sie gegen die drohenden Entlassungen von fast 2000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Werken in Hannover und im französischen Clairoix. Die IG Metall hat die Proteste ihrer Schwestergewerkschaft IG BCE begrüßt und mehr Demokratie in der Wirtschaft gefordert, damit die Beschäftigten nicht die Kosten der Krise zahlen müssen.

Ob bei Continental, bei Opel oder anderswo, DIE LINKE unterstützt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Kampf um Arbeitsplätze. Sie fordert einen Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro, um Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft sozial und ökologisch umzubauen. Steuergelder, die zugunsten eines privaten Unternehmens fließen, müssen dabei zu öffentlichem Eigentum oder kollektiven Belegschaftsbeteiligungen führen, um somit eine Demokratisierung der Betriebe zu fördern.

Im Einzelhandel haben die Tarifverhandlungen in den Bundesländern begonnen. Trotz des Drucks, den Arbeitgeber wie Lidl, KIK oder die Drogeriekette Müller ausüben, stehen viele Beschäftigte für höhere Löhne und ordentliche Tarifverträge ein. Ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitet für Stundenlöhne von weniger als 7,50 Euro. Durch die Inflation sind Lohnsteigerungen selbst im Aufschwung nicht in den Portemonnaies der Angestellten gelandet. Nun fordern die Beschäftigten im Schnitt 6,5 Prozent mehr Lohn. In Baden-Württemberg hat die Gewerkschaft Streiks angekündigt, weil die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Forderungen blockieren. Mit der Plakat-Aktion „Fair heißt: mehr“ fordert die Gewerkschaft ver.di Kunden auf, nicht in bestreikten Geschäften einzukaufen.

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten im Einzelhandel. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber benutzen die Krise, um weiterhin Billiglöhne zu zahlen. Niedrige Löhne sind nicht die Lösung, sondern die Ursache der Krise. Wenn die Menschen immer weniger Geld haben, kaufen sie auch weniger Gartenmöbel, Fernseher, Autos. Wichtig ist, dass die Löhne steigen, damit die Kaufkraft wächst.

DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für die Menschen, damit die Mehrheit der Bevölkerung nicht die Kosten der Krise tragen muss. Dazu gehört ein Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich 100 Milliarden Euro, das dauerhaft 2 Millionen Arbeitsplätze schafft - beim Klimaschutz, in Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern. DIE LINKE will außerdem einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro einführen, der in schnellen Schritten auf 10 Euro steigt, das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro erhöhen und die alte Rentenformel wiederherstellen, um Armut im Alter zu verhindern.

Um dieses Programm zu finanzieren, müssen die Verursacher und Profiteure der Krise zahlen. DIE LINKE fordert eine Millionärssteuer, die Privatvermögen von mehr als einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent zur Kasse bittet. Außerdem müssen Unternehmen, große Vermögen und hohe Erbschaften stärker als bisher besteuert werden.

Im Rahmen der Aktion „Schutzschirm für Menschen“ protestiert DIE LINKE jeden Monat anlässlich der Verkündung der neuen Arbeitslosenzahlen vor Betrieben und Job-Centern.

Am 1. Mai wird DIE LINKE gemeinsam mit dem DGB unter dem Motto „Arbeit für Alle bei fairem Lohn“ auf die Straße gehen. Denn wir müssen verhindern, dass die Arbeitgeber die Krise zum Lohndumping nutzen.

DIE LINKE wird am 16. Mai auf der Demonstration der Gewerkschaften in Berlin auf die Straße gehen und gemeinsam mit vielen anderen deutlich machen: Wir fordern, dass die Verursacher für die Krise zahlen. Eine andere Politik ist nötig, möglich und wählbar!

DIE LINKE.

DIE LINKE - WahlQuartier

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de